

sociation forderte Regierungen jüngst dazu auf, den Zugang von Migranten und Flüchtlingen zu medizinischer Hilfe uneingeschränkt sicherzustellen. Es sei wichtig, dass Flüchtlinge nicht aus Kostengründen vernachlässigt würden.

Pflegende sorgen für Hilfe für alle

„Pflegefachpersonen sorgen für eine kosteneffiziente Gesundheitsversorgung und guten Zugang zur Hilfe für alle“, sagte Pierre Théraulaz, kommissarischer Geschäftsführer von ICN. „Sie befinden sich am Puls der Gesellschaft und haben eine einzigartige Chance, Menschen in den Mittelpunkt einer wirksameren, effizienteren und gerechteren Versorgung zu stellen.“ Diese Präsenz der Pflegenden in der unmittelbaren Gesundheitsversorgung und ihr Beitrag zur Kontinuität ist ein wesentliches Merkmal von Pflege.

Vor einigen Wochen bereits sagte Chris Maher, Manager des WHO-Notfall-Supportteams für die Syrienkrise: „Regierungen, die mit den unmittelbaren Auswirkungen der Syrienkrise umgehen müssen, stehen unter enormem Druck. Neben den Gesundheitsbedarfen der eigenen Bevölkerung müssen sie sich um die der syrischen Flüchtlinge kümmern. Der Gesundheitssektor braucht deshalb ganz erheblich mehr finanzielle Mittel als bisher, damit das Versorgungsniveau aufrechterhalten werden kann und die nationalen Gesundheitssysteme stark genug sind. Nur dann können sie die gestiegenen Lasten tragen.“

Pflegende sichern das Gesundheitssystem

Pflegefachpersonen können wesentlich dazu beitragen, die Tragfähigkeit von Gesundheitssystemen zu verbessern. Sie können einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es um die Organisation von Gesundheitsdienstleistungen geht, um Entscheidungsfindung und die Entwicklung geeigneter und wirksamer politischer Strategien. Sie können und sollten einbezogen werden in gesundheitspolitische Überlegungen, vor allem in Bezug auf Personalentwicklung, Dienstleistungssysteme, Finanzierung, Ethik und Einflussfaktoren für Gesundheit.

www.dbfk.de

Deutscher Hebammenverband gegen Entscheidungen der Schiedsstelle



© Oliver Berg / dpa

Die Schiedsstelle hat den Ausgleich der Haftpflichtprämien für Hebammen mit dem so genannten Sicherstellungszuschlag neu geregelt sowie verbindliche, nicht wissenschaftlich belegte Ausschlusskriterien für Hausgeburten eingeführt. „Die Entscheidungen der Schiedsstelle sind für uns so nicht hinnehmbar“, heißt es von Martina Klenk, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands e. V. (DHV). „Die Rechte von Frauen, wie die freie Wahl des Geburtsortes, sowie das Berufsrecht der Hebammen werden damit unterlaufen. Wir prüfen alle Mittel, um dagegen vorzugehen.“

Entschieden hat die Schiedsstelle, dass künftig für alle in der Geburtshilfe tätigen freiberuflichen Hebammen nur noch der Sicherstellungszuschlag gelten soll. Dieser gleicht jedoch nicht die vollständige Prämie von derzeit 6.274,32 Euro aus, sondern erstattet maximal 4.390,03 Euro. Für die in der Geburtshilfe tätigen Hebammen bedeutet die neue Form des Ausgleichs eine Verschlechterung. Denn neben dem unvollständigen Ausgleich fallen auch die bisherigen Vergütungen für Haftpflichtkosten weg. Zudem muss eine Hebamme in dem Quartal, für das sie den Sicherstellungszuschlag beantragt, auch mindestens eine geburtshilfliche Leistung mit der Krankenkasse abrechnen können.

Berechtigt hierzu sind nur Hebammen, die mindestens vier geburtshilfliche Betreuungen im Jahr abgerechnet haben. Abgesagte geburtshilfliche Betreuungen werden nur einmal im Jahr anerkannt. Aus der bisherigen Vergütung werden zudem alle bisher erfolgten Ausgleichszahlungen für die Haftpflicht herausgerechnet. Die Form der neu eingeführten Ausschlusskriterien macht es Hebammen in der Hausgeburtshilfe zudem künftig unmöglich, Geburten verbindlich zu planen. Der Deutsche Hebammenverband befürchtet, dass die Beschlüsse in ihrer Kombination insbesondere die Hausgeburtshilfe nicht retten, sondern möglicherweise ihr Ende besiegeln. An den Schiedsspruch sind Hebammen gebunden, sobald dieser veröffentlicht wurde. Damit treten auch Ausschlusskriterien für Hausgeburten in Kraft, obwohl diese Befunde in den meisten Fällen kein Risiko darstellen. Zu befürchten ist, dass es in der Praxis zukünftig kaum noch Hausgeburten geben wird. Das bedeutet auch, dass Mütter entmündigt werden und die Geburt nicht mehr als natürlicher Vorgang angesehen wird.

Claudia Dachs
Präsidiumsmitglied des DPR